

Friedrich Wilhelm II, 16

# Instruction

wegen des

in hiesigen Residenzen und deren Bezirk,

der

Untersuchung und Bestrafung der Diebstähle  
und ähnlicher Verbrechen,

zu beobachtenden Verfahrens.

*Long 89 p 2*



---

De dato Berlin, den 26. Februar 1799.

---

Gedruckt bey Georg Decker, Königl. Geh. Ober-Hofbuchdrucker.



*W. Selber*

P. I. 211. 2475

# Instruction

1774

In dieser Instruction sind die

1774

Bestimmungen und Befehle  
und die zu befolgenden

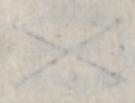
in dieser Instruction

1774



De hier

Gegeben



1774



## Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen &c. &c.

Thun kund und süßen hiemit zu wissen. Da Wir durch die seit einiger Zeit häufiger als sonst verübte Diebstähle, und das öftere Entweichen der Verbrecher deswegen worden, mittelst besonderer Verordnung vom heutigen dato, die Art der Bestrafung solcher Verbrecher schärfer und zweckmäßiger zu bestimmen, so finden Wir noch besonders nöthig, die Gerichte, welche die Criminal-Jurisdiction innerhalb Unserer hiesigen Residenzien, oder in einem von den Thoren und Landwehren derselben auf fünf Meilen zu berechnenden Umkreise verwalten, wegen ihrer darauf Beziehung habenden Amtsgeschäfte, mit nachstehender Instruction zu versehen, welche jedoch auf die Militair-Gerichte keine Anwendung findet.

### §. 1.

Um jeden Aufenthalt zu vermeiden, welcher aus der Verschiedenheit der Gerichtsbarkeit entstehen könnte, und ein überall gleichmäßiges Verfahren einzuführen, haben wir eine Immediat-Commission allhier niedergesetzt, welche als eine besändige Deputation des Kammergerichts bey allen Untersuchungen dieser Art die Oberaufsicht führen, in vorkommenden Fällen den instruirenden Criminalgerichten und den vom Kammergericht ernannten Inquirenten die nöthige Anweisungen ertheilen und dahin sehen soll, daß dieser Instruction auf das genaueste nachgelebet werde.

### §. 2.

Wenn zwischen den der Oberaufsicht der Commission untergeordneten Criminalgerichten oder Gerichtspersonen darüber Streit entsteht, wem die Führung einer wegen Diebereyen zu veranlassenden Untersuchung obliegt, so muß bey der Commission angetragen und von derselben in unbedenklichen Fällen entschieden, sonst aber intermissisch festgesetzt werden, welches Gericht sich diesem Geschäfte unterziehen solle.

Auf gleiche Art muß der Immediat-Commission Anzeige geschehen, wenn die von diesen Gerichten wechselseitig erlassene Requisitionen nicht ungeführt und wech-  
selig befolgt werden, da denn die Commission in diesen und allen Fällen, wo Bes-  
werden über das Verfahren eines dieser Criminalgerichte oder Inquirenten eingehen,  
oder die Commission selbst bey Revision der Akten oder Visitation der Gefangnisse  
Mängel entdeckt, die dem Befinden nach nöthige Verfügungen zu treffen und zur Aus-  
übung zu bringen hat.

§. 3.

Sobald der Immediat-Commission ein beträchtlicher Diebstahl angezeigt wird,  
oder so oft sie es sonst nöthig findet, muß von den Gerichten, welchen sie dazu An-  
weisung ertheilt, eine, mit Requisition der Polizey, und erforderlichen Falls des Ma-  
trats, an verdächtigen Orten vorzunehmende Haussuchung veranfaßt werden, um  
sowohl die gestohlenen Sachen, als den Thäter zu entdecken.

§. 4.

Werden bey solchen Haussuchungen verdächtige Sachen gefunden, so müssen  
sie in Beschlag genommen, und nach dem Ermessen der Commission in gerichtlichen  
Gewahrsam gebracht werden, welchemnachst von demjenigen, bey welchem sie ent-  
deckt worden, die Nachweisung erfordert wird, in welcher Art er zu deren Besiz ge-  
langt sey.

§. 5.

Der Beurtheilung der Commission bleibt es in solchen Fällen überlassen, ob  
derjenige, bey welchem verdächtige Sachen gefunden worden, um deswillen zur ge-  
fänglichen Haft zu bringen, auch wegen seiner Beschäftigung und Erwerbsmittel Nach-  
forschung und hiernächst dem Befinden nach fernere Untersuchung zu veranlassen.

§. 6.

Wegen der bey solchen Haussuchungen entdeckten Bagabunden sind die schon  
vorhandene gesetzliche Vorschriften genau zu befolgen; die Commission muß gemein-  
schaftlich mit dem Polizey-Directorio dahin arbeiten, daß dergleichen verdächtige Per-  
sonen bey Gelegenheit der Haussuchungen oder sonst entdeckt und zur gefänglichen Haft  
gebracht werden, welchemfalls es der Polizey-Behörde ausdrückliche Pflicht ist, strenge  
darauf zu halten, daß solchem Gesindel der Aufenthalt in den hiesigen Residenzien und  
deren Bezirk nicht gestattet werde, und daß, wenn sie der ihnen zu ertheilenden War-  
nung ohngeachtet zurück kehren, deren Einsperkung in eine Besserungs-Anstalt eben so  
erfolge, als wenn sie auf einen gemeinen Diebstahl ertappt wären. Außerhalb den  
Residenzien sind die Polizey-Behörden zu einer gleichen Mitwirkung verpflichtet.

§. 7.

Um die Ausmittelung entwandeter Sachen zu erleichtern, soll über die von den  
Bestohlenen bey dem Kammergerichte oder der Commission eingereichte Verzeichnisse ein  
vollständiges Register geführt werden. Sind dergleichen Verzeichnisse bey einem der  
unter der Aufsicht der Commission stehenden Criminalgerichte übergeben, so müssen  
diese sogleich ein Duplikat an die Commission einsenden, welche die daraus, so wie  
auch die aus den hiesigen Intelligenzblättern zu entnehmende Nachrichten, in solches  
Register eintragen läßt, damit einem jeden, welcher verdächtige Sachen anzuhal-  
ten Gelegenheit hat, aus diesem Register die erforderliche Auskunft, auch dem Bes-  
stohlenen die nöthige Nachricht unverzüglich ertheilt werden könne.

§. 8.

Gleichmäßig ist bey der Commission über die Namen und Bezeichnungen der  
durch Steckbriefe verfolgten entwichenen Verbrecher oder Gefangenen ein besonderes  
Verzeichniß nach alphabetischer Ordnung zu führen, und solches durch die den Zeitungs-  
und Intelligenzblättern eingerichtete Nachrichten möglichst zu ergänzen, damit, wenn

in Entsprungen oder von neuem in Untersuchung geräth, oder bey veranstalteten Distinctionen als verdächtig eingebracht wird, derselbe sofort dem die Untersuchung führenden Berichte zurückgetiefert werden könne.

§. 9.

Damit wegen der jetzt festgesetzten strengen Strafe des Entweichens sich niemand mit der Unwissenheit entschuldigen könne, müssen diese Strafen jedem zur Haft gebrachten vollständig mit der nöthigen Warnung bekannt gemacht werden, und ist die Veranstaltung zu treffen, daß diese Warnung von Zeit zu Zeit erneuert werde.

§. 10.

Zu den wegen Diebstahls Verhafteten darf vor geendeter Untersuchung oder erfolgtem Eingekändnisse des angeeschuldigten Verbrechen niemand unter irgend einem Vorwand, ohne ausdrückliche Erlaubniß des Gerichts der Zugang verstatet werden. Sind zwischen ihnen und ihren Angehörigen Benachrichtigungen notwendig, so muß deshalb das Erforderliche von den Gerichtspersonen, oder mit deren Genehmigung von den Aufsehern des Gefängnisses bewirkt werden. Solchen Verhafteten ist daher der Gebrauch von Schreibmaterialien nicht zu gestatten, und wenn ihre Angehörige ihnen Kleidungsstücke, Wäsche oder Lebensmittel zuschicken, muß dieses, so wie alles, was der Verhaftete den Seinigen zurücksendet, auf das genaueste durchsucht werden, um jede die Uebersführung erschwerende Besetzung zu verhüten. In gleicher Absicht muß auch bey Bestimmung der solchen Verhafteten anzuweisenden Gefängnisse, und in gestatteten Freistunden dahin gesehen werden, daß jede zweckwidrige Communication möglichst verhütet werde.

§. 11.

1. 1. 1. 2. 2.

Um den Verhafteten zum Geskändnisse zu bewegen, dürfen keine gewaltsame Mittel angewendet werden, und nur denn, wenn derselbe auf die Fragen des Gerichts eine bestimmte Antwort zu ertheilen hartnäckig weigert, ist es erlaubt, ihn wegen dieses Ungehorsams durch strengeres Gefängniß oder Peitschen und Knutenhiebe züchtigen zu lassen. Eine gleiche Befugniß gebührt dem Gerichte, wenn der geständige oder liberale Verbrecher die Anzeige verweigert, wo sich die gestohlenen Sachen befinden, oder wenn er zwar darüber, was er mit diesen Sachen gemacht habe, Auskunft ertheilet, diese aber bey angestellter Prüfung unwahr befunden wird.

§. 12.

Bey der Bestimmung, in wie weit ein des Verbrechens nicht Geskändiger für überführt zu achten sey, soll vorzüglich mit darauf gesehen werden, ob er vorher einen unbescholtenen Lebenswandel geführt, und nachweisen könne, wie er sich bis dahin auf eine redliche Art seinen Unterhalt verschaffet habe.

Es muß daher der instruirende Richter von dem Verhafteten die Anzeige solcher glaubhaften Personen ersordern, welche diersthalb Auskunft ertheilen können, und wenn durch deren Vernehmung nicht hinlängliche Aufklärung erfolgt, bey den Wirthen, Hausgenossen, Nachbarn, und denjenigen Erkundigung einzuziehen, welche von den individuellen Verhältnissen des Verhafteten Kenntniß haben können.

§. 13.

Um zu erforschen, ob der Verhaftete bereits wegen Diebstahls bestraft worden, müssen sämtliche der Commission untergeordnete Criminalgerichte derselben vollständige Verzeichnisse einreichen, welche Verbrecher in den letzten 5 Jahren wegen Diebstahls, Diebeshehlerey, Raub, Brandstiftung oder Betrügereyen verurtheilt worden. Diese Verzeichnisse sind so einzurichten, daß daraus der Vor- und Zunahme, Stand, Gewerbe oder sonstige Kennzeichen des Verbrechers erschen werden können. Ein gleiches Verzeichniß muß aus den in den Registraturen des Kammergerichtes befindlichen Nachrich-

ten angefertigt werden. Ferner hat sich die Commission durch Requisition des Commandanten der Festung Spandan und der Direction des dortigen Zuchthauses ein ähnliches Verzeichniß der seit 5 Jahren von dort entlassenen, entsprungenen, oder noch jetzt in Verhaft befindlichen Verbrecher dieser Art zu beschaffen.

Aus diesen Verzeichnissen ist ein Register nach alphabetischer Ordnung anzufertigen, und in der Folge mit möglichst genauer Bezeichnung der Verbrecher fortzuführen.

§. 14.

Damit sämtliche zum Ressort der Commission gehörige Untersuchungen in ununterbrochenem Fortgang erhalten werden, müssen die derselben subordinirte Gerichte, insgleichen die vom Kammergericht ernannte Inquirenten, der Commission monatliche Listen ein senden, woraus zu ersehen:

- 1) der Vor- und Zunahme, auch Stand und Gewerbe der wegen Diebstahl oder ähnlicher Verbrechen Verhafteten;
- 2) der Tag der Verhaftung;
- 3) die Lage der Untersuchung;
- 4) ob und welcher Gestalt erkannt worden;
- 5) der Tag, wenn die erkannte Strafe vollzogen oder der Verhaftete entlassen ist.

Auf den Grund dieser Listen muß die Commission das im vorigen §. angeordnete Rechtster fortführen lassen, auch dem Befinden nach die erforderliche Revision der Akten und Visitation der Gefängnisse vornehmen, und dahin sehen, daß keine Untersuchung in Stillstand gerathe.

§. 15.

Da zum öfteren Betrugserungen entstehen, wenn der Bestohlene Bedenken trägt, den Werth der entwendeten Sachen zu beschwören, so wird hierdurch festgesetzt, daß bey sonst glaubhaften Personen von unbescholtenem Rufe die gewissenhafte Anzeige ihrer Wissenschaft von dem Werthe des Gestohlenen statt der eidlichen Bestätigung angenommen werden soll.

§. 16.

Wenn eine Untersuchung durch die verzögerte Abklärung auswärtiger Zeugen aufgehalten wird, so muß die Commission, in sofern ein ausländisches Gericht diese Vernehmung bewirken soll, dem Großkanzler, und wenn ein ausländisches Gericht requirirt worden, dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten davon Bericht erlangen, worauf dem Befinden nach das zur Beschleunigung Erforderliche veranlaßt werden wird. Sollten diese Verfügungen fruchtlos seyn, so bleibt es dem Ermessen der Commission überlassen, ob nicht, ohne ferner auf das ausgebliebene Verhör zu warten, mit Abschluß der Instruction zu verfahren, und wenn Defensionaleugen vernommen werden sollten, dem Angeklagten frey zu lassen, seinen Antrag wegen deren Vernehmung in zweyter Instanz zu erneuern.

§. 17.

Sobald der Angeeschuldigte das Verbrechen, wegen dessen er verhaftet worden, geständig oder überführt ist, muß die Untersuchung geschlossen, und mit Vorlegung der Akten zum Spruch verfahren werden, wenn gleich annoch Verdacht obwaltet, daß der Verhaftete mehrere oder gröbere Verbrechen dieser Art begangen habe, deren er nach nicht geständig, oder überführt ist, und weshalb die Insammitlung beträchtlichen Ansehens verursachen könnte.

Dem Ermessen des erkennenden Gerichts bleibt es solchenfalls überlassen, außer der Bestimmung der wegen des eingestandenen oder erwiesenen Verbrechens verordneten Strafe zugleich festzusetzen, ob und weshalb annoch eine fernere Untersuchung zu verfügen, und ob die sonst etwa früher erfolgende Entlassung bis zur Beendigung der anderweitigen Untersuchung zu verschieben sey.

*Law. Nat.*

Die Anordnung eines Verteidigers ist in geringfügigen Fällen zu übersehenden Sachen nicht erforderlich. Dagegen muß in wichtigen und verwickelten Fällen der Verhaftete bey dem Schluß der Untersuchung befragt werden, ob er verlangt, daß ihm ein Verteidiger bestellt werde, und wenn er solchenfalls dazu ausersehen habe. Wird ein Verteidiger von ihm verlangt, aber niemand in Vorschlag gebracht, der sich diesem Auftrage unterziehen will, so muß ihm das Gericht aus der Zahl der bey demselben angestellten Justiz-Commissarien, nach einer deshalb zu beobachtenden Reihenfolge einen Verteidiger bestellen. Sind bey dem Gerichte keine Justiz-Commissarien angesetzt, so muß solches deshalb die erforderliche Requisition erlassen, und übri-genfalls bey der Immmediat-Commission die Anordnung eines Defensoris nachsuchen.

Gleich nach dem Schluß der Instruktion muß der instruirende Richter einen inhaltlich kurz zu fassenden Auszug der Akten anfertigen, aus welchem vollständig zu übersehen ist, welche Verbrechen man dem Verhafteten zur Last legt, in wie weit er derselben geständig, und was zur Begründung seiner Ueberführung oder Grenzprochung, ungleich zur Milderung oder Schärfung seiner Strafe ausgemittelt worden.

Dieser Auszug muß jederzeit dem Verhafteten, und wenn er einen Verteidiger verlangt hat, in des letztern Gegenwart langsam und vernehmlich vorgelesen, sodann aber dem Verhafteten verstattet werden, mit seinem Verteidiger Rücksprache zu halten, selbst, oder durch diesen die Richtigkeit des Auszugs zu prüfen, und die ihm oder dem Verteidiger nöthig scheinende Erinnerungen oder Anträge wegen noch beynützn-ger Bertheidigungsmittel zum Protokoll vermerken zu lassen, auch zugleich erforderlichenfalls dasjenige anzuzeigen, was eine Milderung der Strafe bewir-ken könnte.

Nur in sehr wichtigen und verwickelten Sachen soll die Einbringung einer be-sondern schriftlichen Defension gestattet, und dem Verteidiger nachgegeben werden, zu diesem Behuf um Verabfolgung der Akten zu bitten. Es muß aber solchenfalls je-desmal eine verhältnißmäßige kurze Frist zur Einreichung der Defension bestimmt, und wenn diese verstreichen ist, der säumige Justiz-Commissarius dadurch bestraft werden, daß einem andern zu bestellenden Defensor die Ausarbeitung zu übertragen und die zu bestimmende Behörden, nebst der während der dadurch entstehenden Verzögerung auf-laufenden Abgangskosten von dem Säumigen einzufordern, auch bey nicht erfolgender Berichtigung sofort exekutivisch bezuzutreiben.

Sobald auf die mündliche oder schriftliche Defension das etwa noch Erforder-liche nachgeholt worden, muß, wenn der instruirenden Gerichtsperson auch die Abfas-sung des Erkenntnisses obliegt, diese unverzüglich erfolgen, sonst aber die Fortsetzung der Akten zum Spruch verfrist werden. Im letztern Falle bleibt es dem Ermessen des Dirigenten des Spruch-Collegii überlassen, ob ein bloß mündlich oder schriftlich ab-gefaßter Vortrag erfolgen, und ein Correferent ernannt werden solle.

Der ernannte Referent muß den vom Instrumenten angefertigten Auszug auf das genaueste mit den Akten vergleichen, und kann ihn, nach besondrer Richtigkeit oder erfolgter Berichtigung und Ergänzung bey seiner Arbeit zum Grunde legen, so daß er nur den Antrag: ob und welche Strafe statt finden solle, nebst der zur Richts-fertigung solchwan Antrages nöthigen Ausführung hinzuzusetzen hat.

§. 24.

Dem etwa ernannten Correferenten wird die Arbeit des Referenten mit den Akten eingehändigt; er ist nur verpflichtet, deren Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen, hiernächst aber dem Befinden nach seine Bestimmung oder dasjenige unter der Relation zu vermerken, was ihm zur Ergänzung oder Berichtigung nöthig scheint.

§. 25.

Bei der folchergehalt erleichterten Arbeit der Re- und Correferenten muß der Referent solche jederzeit binnen 8, und in weislichstigen oder verwickelten Sachen, binnen 14 Tagen nach der Distribution, der Correferent aber binnen 8 Tagen nach erhaltenener Relation beendigen, und der Referent in der auf den Vortrag zunächst folgenden Sitzung des Gerichts das Urtheil zur Unterschrift vorlegen.

§. 26.

Werden obgedachte Fristen vom Re- oder Correferenten nicht eingehalten, und kann der Schlichter nicht nachweisen, daß die Verzögerung unvermeidlich gewesen, so muß ihm der Ersatz der nach Ablauf solcher Frist bis zur Endigung seiner Arbeit auf laufenden Aktenkosten zur Last gelegt, auch nöthigenfalls auf dessen Kosten die Re- oder Correlation durch ein anderes Mitglied des Gerichts geliefert werden.

§. 27.

Das in erster Instanz abgefaßte Urtheil wird in keinem Fall zur Confirmation eingesendet, sondern diese Einwendung bleibt ausgesetzt, bis man weiß, ob der Beschäftigte das Rechtsmittel der weiteren Vertheidigung ergreifen wird.

§. 28.

Außer den Fällen, wo jemand aus dem Bauers oder gemeinen Bürgerstande zu einer leichten Züchtigung oder kurzen Strafarbeit verurtheilt worden, soll das Rechtsmittel der weiteren Vertheidigung jederzeit zulässig seyn, und deshalb die nöthige Bekanntmachung bei der Publikation erfolgen, zugleich auch die Befehlung hinzugefügt werden, daß eines Theils, wenn sich finden sollte, daß ohne hinlänglichen Grund ein Rechtsmittel eingewendet worden, sodann die Urtheilsfasser zweyer Instanz eine Entscheidung der erkannten Züchtigung verfassen würden, andern Theils aber auch in Fällen, wo nach §. 31. das Urtheil zur höhern Befestigung eingesendet werden muß, die Milderung der nach dem Ermessen des Criminal-Departements zu hart ausgefallenen Strafe erfolgen werde, ohneachtet der Bestrafte sich dem Erkenntniß unterworfen.

§. 29.

Wenn der Verurtheilte zur Erklärung, ob er ein Rechtsmittel einwenden wolle, Bedenken fordert, oder mit seinem Vertheidiger Rücksprache zu halten verlangt, muß ihm dazu eine Frist, jedoch höchstens von 3 Tagen gestattet werden.

§. 30.

Erklärt der Verurtheilte, daß er kein Rechtsmittel einwenden wolle, so wird das Urtheil, wenn solches keiner höhern Befestigung bedarf, sobald als möglich zur Vollziehung gebracht, sonst aber zur Befestigung eingesendet.

§. 31.

Die Einwendung zur Befestigung wird, in Fällen, wo nach der Verordnung vom heutigen Dato wegen Bestrafung der Diebstahle und ähnlicher Verbrechen erkannt ist, nur dann erfordert:

- 1) wenn der Verbrecher länger als drey Jahre oder bis zur erfolgenden Begnadigung in eine strengere Besserungsanstalt, in ein Zuchthaus oder eine Festung eingeschickt, oder sonst mit einer noch härteren Strafe belegt werden soll.

2) Wenn der zu einer gelindern Strafe Verurtheilte ein weltliches oder geistliches Amt bekleidet, und daher von dem vorgesetzten Departement beurtheilt werden muß, in wie weit sein Vergehen auf seine Dienstverhältnisse Einfluß habe.

Zu den No. 1. benannten Fällen ist jederzeit eine kurze Anzeige von Verwandtschaft der Sache und dem Inhalt des Urtheils zu dem Bedarf beizufügen, damit solche dem Bericht beigelegt werden könne, vermittelst dessen die nöthigenfalls erforderliche Annahme, Deduct oder Befähigung des Urtheils unserer höchsten Person zur Vollziehung vorgelegt wird.

Die Befügung der Akten ist in Fällen, wo kein Rechtsmittel eingeendet worden, nicht erforderlich, und bleibt es dem Ermessen des Criminal-Departements vorbehalten, bei anstehenden Bedenken, deren ungesäumte Nachsendung zu erfordern.

§. 32.

Erklärt der Verurtheilte, daß er von dem ihm offen stehenden Rechtsmittel Gebrauch machen wolle, so muß ihn das Gericht befragen:

- 1) ob solches geschehe, um gänzliche Freisprechung zu bewirken, oder ob und weshalb er Widerung der erkannten Strafe verlange;
- 2) ob und auf welche neue Vertheidigungsmittel er sich berufe?

§. 33.

Erzieht sich durch diese Vernehmung, daß der Verurtheilte Widerung der erkannten körperlichen Züchtigung unter dem Behaupten schwacher oder ungesunder Leibesbeschaffenheit verlangt, so muß jederzeit durch einen in erster Instanz nicht zugezogenen Stadt- oder Kreis-Physicum oder Chirurgen eine Besichtigung vorgenommen, und ein pflichtmäßiges Gutachten zu den Akten gebracht werden.

§. 34.

Sind neue Vertheidigungsmittel angezeigt, so ist deren Instruction zu verfaßgen, und nach dem Schluß derselben, sonst aber gleich nach erfolgter Erklärung, daß von keinem neuen Vertheidigungsmitteln Gebrauch gemacht werden solle, wegen der zum Protokoll zu nehmenden oder besonders einzureichenden Vertheidigung, ingleichen wegen Abfassung des Urtheils überall wie in erster Instanz zu verfahren.

§. 35.

Bedarf das in zweiter Instanz erfolgende Urtheil nach den in §. 31. enthaltenen Bestimmungen einer höheren Befähigung, so muß solche auf die dafelbst vorgeschriebene Art, und zwar mit jedestmaliger Befügung der Akten, nachgesucht werden, damit das Criminal-Departement solche selbst einsehen, oder ein etwa noch nöthig scheinendes Gutachten einfordern könne.

§. 36.

Wenn hingegen das in zweiter Instanz abgefäße Urtheil nach §. 31. keiner höheren Befähigung bedarf, oder wenn diese erfolgt ist, muß ungesäumt mit der Publication, und da kein ferneres Rechtsmittel zulässig ist, mit der Vollstreckung des Urtheils verfahren werden.

§. 37.

Wegen der in eine gelinde oder strengere Besserungsanstalt auf bestimmte Zeit oder bis zur Erreichung dieses Endzwecks Einsperrten, müssen die Gerichte sowohl, als die Immediat-Commission ihr Haupt-Augenmerk darauf richten, daß diese Besserung bewirkt, und diese Anstalten baldmöglichst zu der Vollkommenheit gebracht werden, daß nicht allein der Erwerb zur Bestreitung der Unterhaltungskosten hinreichend, sondern auch dasjenige, was der Einsperrte mehr verdient, als seine Bekleidung und Beschäftigung kostet, für ihn besonders berechnet, aufbewahrt, und zu dem Bedarf gesammelt werde, damit es ihm bei seiner Entlassung ausgehändigt, und ihm dadurch die Mittel ethlichen Erwerbs erleichtert werden können.

§. 38.

Da Sicherstellung des Eigenthums nicht erreicht werden kann, wenn nicht dem Entweichen der Verhafteten möglichst vorgebeut wird, so hat die Commission dahin zu sehen, daß in dem ganzen unter ihrer Overtaufsicht stehenden Bezirk die Criminalgefängnisse in haltbaren Stand gesetzt, und erhalten werden. Des Endes müssen solche unverzüglich, und in der Folge von Zeit zu Zeit visitirt werden, damit die Abstellung der etwa bemerkten Mängel sonder Zeitverlust bewirkt werden könne. Werden die deshalb von der Commission ertheilte Anweisungen nicht befolgt, so muß deshalb Bericht erstattet, und inzwischen interimistische Verfügung getroffen werden, daß die Gefangenen auf Kosten der hierin klumigen Gerichtsherrschaft in dem nächst belegen haltbaren Gefängnis untergebracht werden.

§. 39.

Die baldige Wiedereinbringung der ausgebrochenen oder entsprungenen Gefangenen oder zur Strafbarkeit Verurtheilten zu bewirken, muß die Commission die Veranstellung treffen, sie durch Abzeichen in der Bekleidung oder sonst auf eine zweckmäßige Art dergestalt kenntlich zu machen, daß ihnen jede Aussicht des Entkommens vereitelt werde. Wie diese Bezeichnung auf eine nicht leicht zu vermittelnde und der Gesundheit unschädliche Art zu bewerkeln sey, deshalb wird die Commission nach eingeholtem Gutachten des Ober-Collegii medici mit nöthiger Anweisung versehen werden.

§. 40.

Sobald die Besserungsanstalten dergestalt eingerichtet sind, daß dem besorglichen Entweichen hinlänglich vorgebeut werden kann, müssen die bereits wegen Dieberei mit Einsperrung in Arbeits- oder Besserungsanstalten, Zuchthäusern, oder Bestrafungen bestraft, wenn sie von neuen wegen Dieberei in Untersuchung gerathen, gleich nach deren Schluß, und sobald die §. 20. geordnete Vernehmung erfolgt ist, bis zur Rechtskraft und Vollstreckung des Urtheils in die Besserungsanstalt abgeliefert werden.

Ist in Fällen dieser Art eine Instruktion in zweiter Instanz erforderlich, so bleibt es den Gerichten überlassen, ob der Verhaftete während derselben in der Besserungsanstalt, oder in dem gewöhnlichen Gefängnisse aufbewahrt werden solle.

§. 41.

Damit auch der Hauptzweck nicht verfehlt werde, den Befohlenen bald möglichst zur Wiedererlangung des ihnen Entwendeten zu verhelfen, muß die Commission ihr vorzüglichstes Augenmerk dahin richten, daß die gestohlene Sachen, sobald deren Eigenthümer ausgemittelt ist, demselben ohne den fernern Fortgang der Untersuchung abzuwarten, unverzüglich zurückgegeben werden, und dieser deshalb mit Verzahlung von Gerichtsgebühren oder Kosten der Unterhaltung der zur gefänglichen Aufsicht betrachteten gänzlich verschont bleibe.

§. 42.

Durch genante Beobachtung der in dieser Instruktion enthaltenen Vorschriften werden sämtliche zu deren Befolgung anzuweisende Gerichtspersonen sich unsers vorzüglichen gnädigen Wohlgefallens würdig machen, und davon bey sich ereignender Gelegenheit überzeugende Beweise erhalten; wohingegenjenige, welche die pünktliche Erfüllung ihrer Obliegenheiten unterlassen, oder sich darin nachlässig beweisen unausbleiblich zu gewärtigen haben, daß strenge Manesregeln ergriffen werden sollen, um sie zu ihrer Schuldigkeit anzuhalten, oder bey unterbleibender Besserung gänzlich zu verabschieden.

Damit auch diese Instruction allgemein bekannt werde, ist solche unverzüglich zum Druck zu besorgen, und in den hiesigen Residenzien und deren oben bezeichneten Bezirk auf die vollständigste Art zu publiciren.

Urkundlich haben Wir diese Instruction Allerhöchst selbst eigenhändig vollzogen, und mit Unserm Königlichem Insegel bedrucken lassen. So geschehen und gegeben Berlin den 26. Februar 1799.

Friedrich Wilhelm.



Godbeck.



Pl. 8. III. 2475

Faint, illegible text at the top of the page, possibly bleed-through from the reverse side.

Richard Phillips



Faint text or markings near the bottom center of the page.